

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

302 (27.12.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. G. 2 Pf. 50, in d. B. 3 Pf. 50, monatlich 1.04 M., 3.12 M., durch d. Post 1.04 M., 3.12 M., durch d. Feldpost 1.05 M., 3.05 M., voranzahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonietzelle od. deren Raum 20 Pf. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Zum Wechsel im Staatsministerium.

Der vor einiger Zeit bereits angekündigte Rücktritt des Staatsministers v. Dusch ist zwei Tage vor Weihnachten erfolgt. Ueber 40 Jahre hat Herr v. Dusch im Staatsdienst verbracht. Mehr als ein Dutzend Jahre war Herr v. Dusch Minister. Die bürgerliche Presse sendet dem zurückgetretenen Staatsminister in zum Teil geradezu überwieglicher Weise Lob. Wir sind leider nicht in der Lage, in diesen Symmus mit einzustimmen.

Zweifellos war Herr v. Dusch ein tüchtiger Jurist und was er als Leiter des Justizministeriums geleistet hat, findet auch von unserer Seite im allgemeinen volle Anerkennung. Auf dem Gebiete des Schulwesens, das ihm einige Jahre unterstand, hat er sich große Verdienste erworben. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der die Volksschule sehr stiefmütterlich behandelte, hat Herr v. Dusch alsbald nachdem er an die Spitze des Ministeriums des Justiz, des Kultus und Unterrichts berufen worden war, dem Landtag einen Gesetzentwurf auf Reform der Volksschule vorgelegt, der bedeutende Fortschritte brachte. Wenn auch noch manches zu wünschen übrig blieb, im Ganzen darf gesagt werden, daß das Dusch'sche Reformwerk der Volksschule einen neuen Aufschwung brachte, der sehr zu begrüßen war.

Weniger glücklich als auf den Messortgebieten war Herr v. Dusch in seiner Eigenschaft als Staatsminister. Aus der Schule des alten badiischen Nationalliberalismus hervorgegangen, konnte er sich mit der kurz nach der Jahrhundertwende eingetretenen politischen Entwicklung nicht befreunden. Mit der Einführung des direkten Wahlrechts zum Landtag ging die politische Herrlichkeit des Nationalliberalismus, der jahrzehntelang im Lande eine fast unbeschränkte Herrschaft ausgeübt hatte, in die Brüche. Der für die Nationalliberalen geradezu niedererschütternde Ausfall der Hauptwahlen im Jahre 1905 zwang diese zu einer Neuorientierung ihrer Taktik, die man bis dahin für unmöglich gehalten hatte. Die Stichwahl im Jahre 1905 brachte die Geburt des Großblocks, die nicht nur dem Zentrum, sondern auch anderwärts eine große Ueberraschung hervorrief. Für die in den altliberalen Auffassungen befangenen Politiker war der Großblock ein politisches Gebilde, mit dem sie sich nicht abzufinden vermochten. Zu diesen Männern gehörte auch Herr v. Dusch. Trotzdem die sozialdem. Fraktion wiederholt erklärt hatte, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehe und von hier aus die Verwirklichung ihrer politischen und sozialwirtschaftlichen Ziele zu erstreben suche, lehnte Herr v. Dusch die Anerkennung der Sozialdemokraten als politisch gleichberechtigte Staatsbürger ab. So konnte es nicht ausbleiben, daß zwischen der Regierung und der Sozialdemokratie sich ein sehr gespanntes Verhältnis entwickelte, das auf jedem Landtag zu lebhaften, nicht selten leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen führte. Der Berechtigte halber muß allerdings hervorgehoben werden, daß Herr v. Dusch sich bei seiner Stellung gegenüber der Sozialdemokratie auf die Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage berufen konnte, die es der sozialdemokratischen Partei Badens unmöglich machten, die sozialdemokratischen Konventionen aus den von ihrer parlamentarischen Vertretung abgegebenen Erklärungen zu ziehen. Der Zwang zur Ablehnung des Budgets war gleichbedeutend mit der Vereinnahmung des Staates. Unter diesen Umständen konnte sich eine politische Aktionsfähigkeit der Partei nicht entwickeln. Dazu kam, daß auch im nationalliberalen Lager noch zahlreiche Gegner des Großblocks sich befanden, zu denen vor allem die nationalliberalen Minister und andere höhere Staatsbeamte kamen. An der obersten Stelle im Lande wollte man vom Großblock auch nichts wissen. Kein Wunder, wenn Herr von Dusch glaubte, auf den Großblock, speziell auf die Sozialdemokratie, keine Rücksicht nehmen zu müssen.

Ein weitblickender Staatsmann hätte indessen anders kalkuliert. Wer die politische Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie verfolgt hatte, konnte sich nicht im Zweifel darüber sein, daß sie sich in der von der badiischen Sozialdemokratie vertretenen Richtung bewegte. Als Staatsmann hätte Herr v. Dusch also zum mindesten dieser Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie keine unnötigen Schwierigkeiten und Hindernisse in ihrem Weg legen dürfen. Es war nicht unbedingt notwendig, daß er den Großblock ausdrücklich anerkannte, vielmehr genügte es, daß er ihm gegenüber eine abwartende Haltung einnehme. Mit dessen aber ging Herr v. Dusch bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Offensive gegen den Großblock über — zur großen Freude des Zentrums und aller Jener, die ein politisches Interesse daran hatten, die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer staatspolitischen Partei zu verhindern. Jede Partei braucht zu ihrer Entwicklung Zeit. Das zwölfjährige Ausnahmegericht hatte die politische Entwicklung der Sozialdemokratie künstlich unterbrochen und gesämmt. Mit dieser Tatsache mußte ein weitblickender Staatsmann rechnen, auf keinen

Fall durfte er sich als liberaler Staatsmann in seiner staatspolitischen Zielsetzung dadurch beirren lassen, daß die badiische Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung durch die in Preußen herrschenden politischen Zustände behindert wurde. Gerade darin unterscheidet sich der Staatsmann vom Bürokraten, daß er sich durch augenblicklich herrschende rückwärts gerichtete Strömungen und Ebstöße in seiner politischen Zielsetzung nicht beirren läßt. Das gilt ebenso für die Ministerpräsidenten, wie für die Führer der Parteien.

Herr v. Dusch war die Hälfte der Zeit, die er im Staatsdienst zugebracht hat, bei der Staatsanwaltschaft. Das wurde ihm in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident zum Verhängnis. Er ist dem Staatsanwalt nie ganz los geworden. Selbst der Krieg mit seinen tiefen, auf vielen Gebieten revolutionären Erschütterungen und Umwälzungen hat an der politischen Sinnesart des zurückgetretenen Staatsministers nicht viel geändert. Wohl anerkannte er auf dem ersten Kriegsländtag die politische Gleichberechtigung der Sozialdemokratie. Wie wenig aber Herr v. Dusch geneigt war, auch seinerseits die staatspolitischen Konsequenzen aus der durch den Krieg geschaffenen politischen Gesamtlage zu ziehen, dafür zeugte seine auf dem letzten Landtag abgegebene Erklärung gegenüber dem von der Sozialdemokratie präsentierten politischen Aktionsprogramm, die weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus starkes Kopfschütteln erregte. Alsbald der Staatsminister bei dieser unhaltbaren Auffassung, dann waren die heftigsten politischen Kämpfe unausweichlich.

Neben der stark angegriffenen Gesundheit des Herrn v. Dusch war wohl dieser Umstand mit ein Grund für seinen Entschluß, sich in den Ruhestand zurückzuziehen. Die politische Entwicklung im Reich und in Preußen ließen keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß auch in Baden der politische Kurs der Regierung umgestellt werden muß, zumal auch die Nationalliberalen und das Zentrum durch die Vorgänge im Reich in ihren politischen Auffassungen nicht unberührt geblieben sind. Der Rücktritt des Herrn v. Dusch von der Leitung der badiischen Staatsgeschäfte war in der Tat zu einer politischen Notwendigkeit geworden.

Wir haben aus unserer Gegnerschaft gegenüber Herrn v. Dusch nie einen Hehl gemacht. Wenn wir mit ihm die Klänge kreuzten, ging es fast stets hart auf hart. Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse mußten wir auch jetzt, wo die Waffen ruhen werden, auf die politische Gegenüberlichkeit und ihrer Gründe hinweisen. Das gebietet die politische Ehrlichkeit und Offenheit. So wie wir Herrn v. Dusch kennen, wäre es ihm sicher nicht angenehm gewesen, wenn wir aus purer Sentimentalität ihm gegenüber um eine politische Geheule hätten zuschulden kommen lassen.

So groß aber die politische Gegnerschaft zwischen uns und Herrn v. Dusch auch war, der menschlich persönlichen Achtung hat sie keinen Abtrag getan. Herr v. Dusch war als Mensch und im persönlichen Verkehr eine achtunggebietende lebenswürdige Persönlichkeit, deren wir uns stets gerne erinnern werden. Und so fällt es uns nicht schwer, dem zurückgetretenen Staatsminister von Herzen zu wünschen, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, die Tage des wohlverdienten Ruhestandes in Gesundheit und Wohlergehen genießen zu können.

Sein Nachfolger im Präsidium des Staatsministeriums, Herr v. Bodman, ist kein politischer Neuling. Seit vielen Jahren steht er an der Spitze des Ministeriums des Innern. Als eigentlich politischer Minister hat er, bei aller Gegenüberlichkeit, die auch zwischen ihm und uns besteht, doch stets zu erkennen gegeben, daß er ernstlich gewillt ist, auch mit der Sozialdemokratie einen modus vivendi zu finden. Sein ausgeprägter Gerechtigkeitsinn, der ihm in der Vergangenheit seine politische Stellung nicht selten sehr erschwerte, wird mit dazu beitragen, die politische Entwicklung in unserem Lande, an der auch wir tätigen Anteil nehmen wollen, nach Kräften zu fördern. Wenn Herr v. Bodman die politischen Geschäfte in dem Geiste der durch den Krieg geborenen neuen Zeit führt, so zweifeln wir nicht daran, daß ein Erfolg verprechendes Zusammenarbeiten zwischen ihm und der Sozialdemokratie möglich sein wird. Wir sprechen es offen aus, daß wir dem neuen Staatsminister nicht mit uneingeschränktem Vertrauen gegenüberstehen. Machabend für unsere Haltung gegenüber dem neuen Leiter der bad. Staatsgeschäfte

Weitere Erfolge gegen Italien. Ueber 9000 Gefangene.

Deutscher Tagesbericht.

25. Dezember.

Großes Hauptquartier, 25. Dez. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Flandernfront, am La Bassée-Kanal und südwestlich von Cambrai lebte die Gefechtsintensität vorübergehend auf. Zu beiden Seiten der Maas, am Hartmannsweiler Kopf und im Lanner Tal war die Feuerintensität zu einzelnen Tagesstunden gesteigert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zu der Struma-Ebene erhöhte Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Lebhafter Feuerkampf hielt tagsüber zwischen Asiago und Brenta an. Feindliche Gegenangriffe gegen die gewonnenen Stellungen und ein Vorstoß am Monte Pertica wurden abgewiesen. Die Gefangenenzahl aus den Kämpfen um den Col di Rojso ist auf über 9000, darunter 270 Offiziere, gestiegen.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

26. Dezember.

Großes Hauptquartier, 26. Dez. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerietätigkeit blieb auf Störungsfeuer beschränkt, das südlich von Ypern, bei Moenvres und Marcoing vorübergehend an Stärke zunahm. Erfindungsgeichtheit französischer Abteilungen südlich von Subincourt scheiterten in mitterer Feuer und im Nahkampf. Das seit einigen Tagen auf dem Thuner der Maas gesteigerte Feuer ließ gestern nach.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Kriegsschauplatz.

Nach starker Artilleriewirkung führte der Feind gestern Gegenangriffe gegen den Col di Rojso und die westlich und östlich benachbarten Höhen. Sie scheiterten unter schweren Verlusten.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ein Fliegerangriff auf Mannheim.

W.B. Karlsruhe, 25. Dez. Englische Flieger betrafen am gestrigen Weihnachtsnachmittag die offene Stadt

Mannheim mit Bomben. Keinerlei militärischer Schaden. 2 Personen wurden getötet, 10 bis 12 verletzt, darunter keine Militärpersonen, dagegen französische Kriegsgefangene. Ein Flugzeug wurde in der Pfalz zum Niedergehen gezwungen, die Insassen gefangen genommen.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

25. Dezember.

Wien, 25. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Deutscher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz. Feindliche Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen zwischen Asiago und Brenta wurden erfolgreich abgewiesen. Die Zahl der Gefangenen seit dem 23. Dezember hat sich auf über 9000, darunter 270 Offiziere, erhöht.

In den Kämpfen am 23. und 24. Dezember haben sich das Infanterie-Regiment Nr. 22 (Sini), das Inf.-Regt. Nr. 27 (Graz), Teile der Infanterie-Regimenter Nr. 12 (Komorn) und Nr. 51 (Kolozsvár), Nr. 64 (Wien), Nr. 102 (Benezdau), das Jäger-ataillon Nr. 20 (Graz), das Sturm-ataillon Nr. 11 und die Hochgebirgskompanie Nr. 22 besonders ausgezeichnet.

Der Chef des Generalstabs.

26. Dezember.

Wien, 26. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird veröffentlicht:

Deutscher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz. Neuerlich versuchte der Italiener in hartnäckigen Kämpfen die ihm am 23. Dezember zwischen Asiago und Brenta erstrittenen Höhen zurückzugewinnen. Sämtliche Angriffe wurden restlos abgewiesen.

Der Chef des Generalstabs.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 24. Dez. (Amtlich.) Im englischen Kanal und an der Ostküste Englands wurden durch unsere Unterseeboote

23 000 Brikettregimenten versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große Frachtdampfer, die im Narmelkanal trotz stürzender feindlicher Gegenwirkung vernichtet wurden, sowie ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen und der Größe des Leyland-Dampfers „Norwegian“.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Seite 8.
Woch.
hr.
iva
2026
ze
und
hoch.
1300
enf
Fig. Porto).
udentzeit
ndelt. Wir
Anschaffung
d
on 128.
ts.
trieb
ume
nser
3.
2027
men
für sofort
t
72
Karlsruhe
ot.
ler
1930
& Cie.

werden für uns seine Taten sein. Indessen wo ein guter Wille — und an dem soll es unersetzlich nicht fehlen — da ist auch eine Verständigung auf dem mit Dornen gesäten Weg des politischen Kampfes möglich. Der Krieg hat nicht nur bei den bürgerlichen Parteien und den Regierungen, er hat ebenso bei der Sozialdemokratie tiefgehende Umschichtungen, neue Erkenntnisse und neue politische Methoden geschaffen. Nicht nur jetzt, wo wir im Kampfe gegen eine Welt von Feinden stehen, auch nach dem Kriege tut uns die innere Einheit des Volkes bitter not. Große gewaltige Aufgaben sind zu lösen, Aufgaben zu deren Bewältigung alle Kräfte des Volkes mobil gemacht werden müssen, gleichviel wo sie sich finden. Die Sozialdemokratie ist bereit, alles zu tun was möglich ist, um die Vorkriegszeit, die uns der Krieg aufgebürdet hat, zu bewältigen und zu erleichtern. Dazu ist aber nötig, daß man regierungstreu den politischen und sozialwirtschaftlichen Zielen der Sozialdemokratie mit erheblicher mehr Verständnis gegenübersteht, als in der Vergangenheit. Nicht umzustürzen, aufzubauen gilt es auf einem neuen Fundament. Eine neue Zeit ist durch den Krieg unter großen Wehen geboren worden. Wir stehen an der Schwelle eines neuen Abschnittes in der Menschheitsgeschichte. Die alten Regierungs- und Parteischablonen hat der Krieg in Trümmer geschlagen. Das „Wehe dem, der die Zeichen der Zeit nicht versteht“, gilt für alle, ob sie auf dem Thron sitzen, an der Spitze einer Regierung oder einer Partei stehen.

Die Zeit der sonder Kompromisse ist vorbei. Anknüpfend an das historisch Gewordene — die einzig mögliche Grundlage für jede Realpolitik — gilt es jetzt, in großzügiger Weise das Fundament des Staates und das unserer Wirtschaft neu zu bauen und zu festigen. Der Sozialismus hat aufgehört, bloße Theorie zu sein. Zusammen mit der Demokratie bildet er die große stählerne Kraft, mittelst deren wir die schweren Wunden, die uns der entsetzliche Krieg geschlagen hat, heilen können. Die kapitalistische Gesellschaft wird zwar noch weiterbestehen, aber in anderer Form als wie vor dem Kriege. Die Zeit, wo die Bourgeoisie der allein politisch bestimmende Faktor im Staatsleben war, gehört endgültig der Geschichte an. Staat und Proletariat sind in ein neues Verhältnis zueinander gekommen. Je gigantischer sich die Kräfte des vom Imperialismus beherrschten Kapitalismus entwickeln, desto mehr ist der Staat auf die politische Mitarbeit der Klasse angewiesen, deren Zahl von Jahr zu Jahr größer wird. Die soziale Umschichtung, die der Krieg und die Verarmung, in die er den Staat gebracht hat, zwingen gebieterisch jede Regierung, mit der Sozialdemokratie als einen politischen Faktor von wachsender Bedeutung zu rechnen. Nicht nur in allgemein politischer Beziehung, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in der Steuer-, Wirtschafts-, Sozial-, Kolonial-, Militär- etc. Politik stehen Regierungen und Parteien vor Tatsachen, denen gegenüber jede Schablone unbedingt verjagen muß. Jetzt heißt es den gefunden Menschenverstand in seine Rechte einsetzen und mit offenem Blick und mit Anspannung aller Kräfte ans Werk zu gehen.

So wie das Proletariat die geschichtliche Notwendigkeit des Staates, seiner sozialen, politischen und wirtschaftlichen Funktionen bei dem großen Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung erkannt und mutig sich die daraus ergebenden Konsequenzen gezogen hat, so muß der Staat und müssen die Regierungen die historische Rolle des Proletariats erkennen, die es bei diesem Umwälzungsprozeß von einer alten in eine neue Gesellschaftsordnung spielt. Staat und Proletariat sind keine Gegensätze an sich, sie sind es nur insoweit und insofern, als Staat und Volk sich nicht identifizieren, d. h. als der Staat nur das Herrschaftsinstrument einer Klasse war. Die gesellschaftliche Entwicklung führt zur Ueberwindung der Klassen und damit zur Ueberwindung des Klassenstaates.

Noch sind wir lange nicht am Ziele, aber wir sind auf dem

Wege dahin. Je weiter die politische Identität von Staat und Volk fortschreitet, desto leichter wird es sein, auch auf dem Gebiete der sozialwirtschaftlichen Entwicklung den Interessen von Staat und Volk gerecht zu werden.

Der Geist der neuen Zeit muß sich ebenso in der Politik wie in der Wirtschaft des Staates durchsetzen. Dazu ist erforderlich, daß unsere Staatsmänner sich mit den Gesetzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung befechtiger vertraut machen, als in der Vergangenheit.

Mit diesem Wunsche begrüßen wir den neuen Staatsminister, in der Hoffnung, daß es ihm gelingen möge, die Brücke zu schlagen, auf der Regierung und Sozialdemokratie mit Erfolg zum Wohle von Volk und Staat zusammenarbeiten können.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Der geplante Durchbruch bei Cambrai.

Berlin, 24. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Nach dem deutschen Siege bei Cambrai versicherten englische Stimmen, daß die Engländer niemals einen Durchbruch bei Cambrai beabsichtigt hätten, sondern nur eine Stellungsbesserung. Einen neuen Beweis gegen diese Stimmen bildet ein erbeuteter britischer Befehl der dritten Armee, „Generalstab 56 154 vom 20. November.“ Darin heißt es: „Gelingt es uns, die feindliche Verteidigungslinie zu durchbrechen, so bietet sich der Kavallerie eine einzigartige Gelegenheit, einzugreifen. Dieser Eingriff könnte weittragende Folgen nicht nur für die Lage an diesem Frontabschnitt, sondern für den Ausgang des ganzen Krieges zeitigen.“

Der Dampfer „Waterland“.

Hohenhausen, 24. Dez. Aus Amerika eingetroffene Reiseberichte, daß der Dampfer „Waterland“ der Hamburg-Amerika-Linie in der letzten Zeit mehrfach Probefahrten von Neuport ausgeführt habe, es seien aber immer wieder Maschinenstörungen eingetreten. Die deutsche Marine, die früher zur Befugnis des Dampfers gehörten und sich neigen, so der Befugnis der See zu leisten, wurden mit Gefängnis bestraft.

Sarrail abgesetzt.

Paris, 24. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Auf Grund von Erwägungen allgemeiner Art hat die Regierung beschlossen, den General Sarrail im Oberbefehl der verbündeten Armee der Orientarmee durch den General Guillaumet zu ersetzen. Sarrail, der mit ernstlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und der große Dienste leistete, wird, sobald es die Umstände gestatten, eine neue Stellung erhalten. General Guillaumet trifft Samstag in Sarlonville ein.

Australien gegen die Wehrpflicht.

Melbourne, 24. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Neuer. Den letzten Berichten zufolge sind bei dem Referendum über die Wehrpflicht 987 000 Stimmen gegen und 792 000 Stimmen für die Wehrpflicht abgegeben worden.

Die Lage in Rußland.

Trotsky gegen englisch-amerikanische Wählerereien.

Petersburg, 23. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des Neuerischen Büros. Trotsky sagte Freitag im Verlauf einer Rede, in der er die amerikanische Verschwörung darstellte:

Die Vertreter aller fremden Mächte müssen sich gefast sein lassen, daß wir nicht blind sind und uns nicht auf den Füßen herumtrampeln lassen. In der Lichtkegel-Ver-

traff-Sache hatten wir schon Gelegenheit, dem englischen Botschafter zu zeigen, daß uns die revolutionäre Würde über alles steht. Wir müssen unseren Freunden zeigen, daß wir nicht der englisch-amerikanischen Bourgeoisie dienen. Wir haben keine Grundzüge, für die wir hängen oder untergehen. Wenn die Diplomaten sich in unsere Angelegenheiten einmischen, so hören sie auf, Diplomaten zu sein und werden Privatpersonen, denen gegenüber die schwere Hand der Revolution keine Gnade walten lassen wird.

Belagerungszustand über Moskau.

Petersburg, 25. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Der Belagerungszustand ist über Moskau verhängt worden zur Bekämpfung der Gegenrevolution.

Falsche Gerüchte.

Stockholm, 24. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Die bürgerliche Presse Rußlands verbreitet Gerüchte, daß Schweden angeblich Truppen gegen Finnland zu senden beabsichtige. Zwei Divisionen, die früher in Schweden standen, seien in der letzten Zeit nach Norden gerückt und Truppenansammlungen gegenüber Lapa und den Alandsinseln beobachtet worden. Diese Gerüchte sind, wie Svenska Telegraphen Behauptung aus sicherster Quelle erfährt, natürlich völlig aus der Luft gegriffen.

Ein General getötet.

Petersburg, 24. Dez. (W.B.) Meldung des Neuerischen Bureaus. Aus Tadjkent ist die Nachricht eingetroffen, daß General Korowitschew, der von Kerenski zum Oberbefehlshaber über die Truppen in Turkestan ernannt und später verhaftet worden war vom Pöbel getötet worden ist.

Deutsches Reich.

Reichsunterstützung bei der Kohlenversorgung.

Der Bundesrat hat die Gewährung von Reichsmitteln zur Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung bei der Beschaffung von Kohlen genehmigt. Hierzu meldet der „Berliner Lokalanzeiger“: Es handelt sich um den am 12. Oktober im Reichstag eingebrachten Initiativantrag Viesching, betreffend Abänderung des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917, zu dem folgende Entschlüsse hinzugekommen sind: „Der Herr Reichskanzler zu eruchen, aus Mitteln des Reiches über die Dauer des Krieges und des dem Friedensschluß folgenden Jahres den Betrag von 30 Millionen Mark jährlich den Kommunalverbänden und Gemeinden zur Verfügung der minderbemittelten Bevölkerung zwecks Beschaffung der für ihren Hausbrand erforderlichen Kohlen zur Verfügung zu stellen.“ Dieser Antrag war von Abgeordneten sämtlicher Reichstagsfraktionen unterzeichnet. Der Bundesrat hat nun beschlossen, daß diese Reichsbeihilfe den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Beitragsleistungen zu gewähren ist. Die Bundesstaaten überreicht nehmen dann die Verwirklichung der Beihilfen an die Kommunalverbände und die Gemeinden vor.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Verein 103 9. bad. Reichstagswahlkreis, Pforzheim, Durlach, Ettlingen, Fernwald. Die Vertrauensleute erhielten die Abrechnungsformulare für das 8. Quartal zugefand. Wir bitten, die Einkassierung ungehindert vorzunehmen und die Abrechnung bis spätestens den 12. Januar fertig zu stellen und an uns einzuliefern. Der Termin für Abrechnung der November-Abrechnung, wir ersuchen das 8. bad. dringen, ist noch nicht gegeben, alsbald die nicht verkauften Kalender und das Geld an uns einzuliefern. Der Kreisvorstand.

Der konsequente Antimilitarist. Der sehr radikale Schweizerische Jugendsekretär Mingenberg spielte sich als Märtyrer der Dienstverweigerung auf — so lange er nicht einberufen war. Als dies herauskam, und man ihn zwang, er sich zu machen, richtete er ein prächtiges Schreiben an das zuständige deutsche Bezirkskommando, in dem er die russische Revolution und die Dienstverweigerung zahlreicher Amerikaner als Frucht seiner antimilitärischen Propaganda pries. Jetzt sollte er wegen der Züricher Urteile aus der Schweiz ausgewiesen werden. Da aber hat er ein Schreiben an den Schweizer Bundesrat um Zurückziehung des Ausweisungsbefehls gerichtet und darin betont, daß er nie antimilitaristische Propaganda getrieben hätte!

Die Friedens-Verhandlungen.

Die russischen Vorschläge.

Moskau, Petersburg, 24. Dez. Meldung der Pet. Tel.-Ag. Am Samstag den 22. fand um 4 Uhr die erste Sitzung der Friedensunterhändler statt, die vom Präsidenten eröffnet wurde. Deutschland ist vertreten durch den Staatssekretär v. Kühlmann, Österreich-Ungarn durch den Minister des Neuhern Graf Czernin, die Türkei durch den Minister des Neuhern Rejissim Bey, Bulgarien durch den Justizminister Popow. Staatssekretär v. Kühlmann schlug vor, daß jede Abordnung der Reihe nach den Vorschlag führe. Unsere Delegierten waren für die Öffentlichkeit der Sitzung und des Rechtes der Veröffentlichung des Protokolls und erreichten dies. Die russische Delegation ist der Ansicht, daß die Entscheidungen in gleicher Weise für alle unmittelbaren Friedensgrundzüge, die in den einstimmig vom russischen Bauernkongreß übernommenen Friedensgrundzügen zum Ausdruck gebracht sind, gelten sollen. Die russischen Delegierten schlugen sechs Punkte an.

Grundlagen für die Friedensverhandlungen

1. Es wird keine Gebietseingliederung von während des Krieges eroberten Gebieten zugelassen. Die Truppen in den besetzten Gebieten werden dieses baldigst räumen.
2. Unverrückbare Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit der Völker wie sie im gegenwärtigen Kriege bekannt geworden ist.
3. Den verschiedenen Nationalitäten, die vor dem Kriege nicht politisch unabhängig waren, sind die Möglichkeiten gewährleistet, über die Frage einer Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate frei zu wählen oder durch eine Abstimmung

Zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

(25. 12. 1892 bis 25. 12. 1917.)

Der Zeit entsprechend, die auf uns mit ungeheurem Druck lastet, können wir nur in einem kurzen Rückblick der Entstehung, Entwicklung und des Emporklimmens des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes gedenken, denn in der langen Kriegszeit zweig auf zwei. Blau auf Blau dahinstreckte, der nun mit einer kleinen Schar Getreuer versucht, die schwere Zeit zu überleben, und hoffend der Zeit entgegenzusehen, wo seine heldtätigen Mitglieder zurückkehren, um mit ihnen an dem Wiederaufbau und weiteren Ausbau des Bundes zu wirken.

Das Bedürfnis nach einem Zusammenschluß der deutschen Arbeiterlänger machte sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes überall bemerkbar; die Vereine erwachten zu neuem Leben und die Gründung von Arbeiterlängerbänden resp. die Neulustifizierung der bisher unterdrückten nach im ganzen Deutschen Reiches seinen Anfang; die meisten Gründungen fanden denn auch in den Jahren 1890 bis 1892 statt.

Der Gedanke einer weiteren Vereinigung all dieser Bände lag nun nicht mehr fern, u. so berief der „Arbeiter-Sängerbund“ Berlin und Umgegend“, einer Anregung aus Dresden folgend, am 25. Dezember 1892 den „Ersten Delegiertentag aller Arbeiterlängerbände Deutschlands“ nach Berlin. Das Resultat war denn auch für den Anfang ein erhebendes; rund 15 000 Sänger hatten ihre Vertreter entsandt resp. ihre Zustimmung auf schriftlichem Wege übermittelt. Vertreten waren die Arbeiterlängerbände von Berlin, Dresden, Leipzig, München, Nürnberg, Altenburg, Hofstadt, Halle a. S., Rheinland, der „Mittelsächsische“ und der „Westfälische Arbeiter-Sängerbund“, der „Arbeiter-Sängerbund Flauenscher Grund“ und der „Vorwärts“-Burg. Zustimmungadressen hatten gesandt: Burgstädt, Stettin, Gahnau, Lübeck, Erfurt, Frankfurt a. M., Danzaburg, Schleswig und Königsberg i. Pr.

Diese Tagung war der erste Schritt zur Zentralisation der über ganz Deutschland verzweigten Arbeiterlängerbewegung. Da alle anwesenden Vertreter zu dem ausgesprochenen Zweck nach Berlin gekommen waren, und der Berliner Vorstand eine Vorlage ausgearbeitet hatte, konnte die Tagesordnung an einem Tage erledigt werden. Das Resultat der Beratungen war die einstimmig beschlossene Gründung der „Vereinigten Arbeiter-Sängerbundvereinigungen Deutschlands“.

Dieser ersten Tagung folgten eine Reihe weiterer Kongresse in Berlin (1894), Halle a. S. (1896), Frankfurt a. M. (1898), Er-

furt (1901), Dresden (1904), Berlin (1907), Köln (1908), Stuttgart (1911), Leipzig (1914). Auf jeder Tagung konnte von einer weiteren Aufwärtsbewegung des Bundes berichtet werden, und die Mitgliederzahl stieg in entsprechender Weise; aus den fünfzehntausend Mitgliedern bei der Gründung wurden nach 20 Jahren, im Dezember 1912, einhunderttausend aktive Mitglieder. Diese Zahl steigerte sich bis zur Leipziger Generalversammlung (Juni 1914) auf 108 000 aktive Mitglieder, wovon etwa 18 000 Frauen.

Nun brach der Krieg aus und zerstückte mit rauher Hand das Reich: knapp 16 000 Mitglieder sind jetzt vorhanden, denen das Schicksal des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes anvertraut ist, die bemüht sind, denselben über den Krieg hinaus zu erhalten.

War man in den ersten Jahren des Bestehens hauptsächlich darauf bedacht, alle deutschen Arbeiterlänger für die geistliche Vereinigung zu interessieren und sie als Mitglieder zu gewinnen, so wurde in den späteren Jahren versucht, der „Vereinsvereine“ entgegen zu wirken und eine Verflechtung der Kräfte dadurch zu verhüten, daß man die Neugründungen von Vereinen möglichst einengte. Dies konnte um so besser gelingen, als vom Jahre 1899 ab die musikalisch-wissenschaftlichen Flugblätter erschienen, an deren Stelle vom Jahre 1908 an die zweimonatlich erscheinende „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung“ nach besser in der Lage war, auf das Ganze anwendend und befruchtend zu wirken. Die Anzahl der leistungsfähigen Vereine stieg denn auch in allen Gauen von Jahr zu Jahr, nicht zum wenigsten durch das gepedene gute Beispiel einiger besonders gut geleiteter und vorbildlich wirkender Vereine, aber auch durch die Eifert vieler Mitglieder, die dem Drängen des Vorstandes nachgehend, der Verflechtungsfrage nicht mehr abweisend gegenüberstanden. — Alte, liebgewordene Gewohnheiten, die mit der Pflege des Gesanges wenig zu tun hatten, wurden ausge-merzt, die Dirigentenhonoreare wurden verbessert und dadurch tüchtigere Kräfte gewonnen, kurz, man brachte der Sache eben einige Opfer. Die Folge war, daß die gesanglichen Leistungen einzelner Vereine auf eine Höhe gebracht wurden, die kaum zu steigen war. Die Begünstigung der Sänger, verbunden mit der Eingabe des Dirigenten, wirkte denn auch bei den von Massenführern auf Arbeiterlängerbände vorgebrachten Tendenzliedern gewaltig. Nun hatten die deutschen Arbeiterlänger ihre Mission erkannt und strebten nach immer weiterer Vervollkommnung wozu man auch der Pflege des Volks- und Kunstliedes einen gebührenden Raum gab. So entwickelte sich der Deutsche Arbeiter-Sängerbund immer mehr und mehr zu einer Zentralstelle zur Förderung der musikalischen Kultur in der Arbeiterklasse; denn nicht nur zur Pflege der eigenen Interessen, sondern zur Hebung des Kulturstandes des Volkes wurde der Deutsche Arbeiter-Sängerbund gegründet.

englischen... in un... Diplom... keine... stau... Der... verhängt... terburger... in Finn... in Schw... eracht und... delegierten... der Luft... leutersehen... General... über die... werden war... itteln zur... der Be... Berliner... im... 1917, zu... Herr... über die... folgenden... lisch den... ung der... für... führung zu... fämtliche... hat nun... Bundes... gewöhren... Verteilung... Gemeinden... baftrefles... asierte er... ugefaßt... und die... und an... über 47 ab... gesehen... uns einzu... vorstand... weierische... der Dienst... Als dies... te er ein... Bezirkskom... überwiegen... fämtliche... trufen aus... Schreiben... zweiflungs... stantische... ngen... Tel.-Ag... ung der... eröffnet... atschkeiter... nister des... Minister... Zusätz... lungen vor... e. Unire... it der... des Proto... on ist der... alle un... üntig dom... runden... lischen De... ng von... n. Die... digst räu... nen Unab... ge bekannt... vor dem... glücklichen... zu diesem... stimmung

über die nationale Unabhängigkeit zu entscheiden. Die Volksabstimmung muß unter vollständiger Freiheit aller Einwohner des betreffenden Gebietes, darunter der geächteten Auswanderer vor sich gehen.
4. In Gebieten, die von verschiedenen Nationalitäten bewohnt sind, werden die Rechte der Minderheit durch Sonderrechte gewährleistet.
5. Kein kriegsführendes Land zahlt eine Kriegsschadung. Was die bereits gezahlten Kriegskosten betrifft, so werden sie zurückerstattet. Was die Entschädigung von Privatpersonen betrifft, so werden besondere Summen aufgebracht werden durch proportionale Zahlung aller kriegsführenden Länder.
6. Die kolonialen Fragen werden so entschieden, indem man dabei die Punkte 1-4 anwendet.
Die russische Delegation hält es für unerträglich, daß die Freiheit der kleinen Nationen durch eine stärkere Nation vergrößert werde, was durch wirtschaftliche Boykottierung, durch die Unterwerfung eines Landes, durch Auslieferung von Handelsverträgen und zahlreichen Sonderbestimmungen, die die Handelsfreiheit eines dritten Landes behindern, ferner durch Seeblockade geschehen kann.
Nach der Erklärung sagte Staatssekretär v. Kühlmann, daß die anderen Delegationen eine Unterbrechung zur Beratung der Antwort wünschten. Man stimmte dem zu. Die Sitzung wurde bis morgen nachmittags 4 Uhr unterbrochen.

Dr. B. Litovsk, 23. Dez. Der heutige Tag wurde von den Delegationen der vier Verbündeten dazu benutzt, um die auf die russischen Vorschläge zu erteilende Antwort zu beraten. Hierbei wurden die Grundlinien einheitlich festgelegt. Die erforderliche Formulierung wird morgen vormittag erfolgen.

Die Antwort der Mittelmächte.

Dr. B. Litovsk, 23. Dez. In der heute unter dem Vorsitz des Bevollmächtigten Vertreters Österreich-Ungarns, Grafen Czernin, abgehaltenen Plenarsitzung gab dieser namens der Delegation des Verbundes folgende Erklärung ab, mit welcher die vorstehenden Ausführungen der russischen Delegation beantwortet wurde:
„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten Friedens zu erreichen.
Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Zeitfrage des russischen Vorschlages eine diskutabile Grundlage für einen solchen Frieden bilden können. Die Delegationen des Verbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietsveränderungen und ohne Kriegsschadungen einverstanden.
Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken beurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbewirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegsführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zu geneigten, alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichtet sein sollen. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Verbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu haben, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Verbunde gegenüber anerkennen und durchführen. Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkte das Nachstehende zu bemerken:
Zu 1. Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Ueber die Truppen in den zur Zeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.
Zu 2. Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Krieg ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.
Zu 3. Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Verbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden, sie ist im gegebenen Falle von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.
Zu 4. Dergleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Verbundes der Schutz des Rechtes der Minderheiten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar scheint, überall Geltung.
Zu 5. Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ertrag der Kriegsschadungen, sondern auch auf den Ertrag der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegsführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft veraeuen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiete durch völlerrechtswidrige Gewalttaten den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein: Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegsführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.
Zu 6. Von den verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen folgendes erklärt: Die Aufgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter

keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der abschließigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten. Nach der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Form zurzeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussicht eines Kampfes gegen den von der russischen Delegation überlegenen, über unbefruchteten überseeischen Nachschub verfügbaren Gegner in Ruß und Tob tren zu ihrem deutschen Freunde gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willensänderung durch Abstimmung weit übertrifft.
Die von der russischen Delegation im Anschluß an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundzüge für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeder für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Bergewaltigung eingetretten sind und die in der Wiederherstellung eines geregelteten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Aufnahme und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegsführenden Mächten erblicken.
Anknüpfend an diese Erklärungen führte Graf Czernin aus:
„Auf Grund dieser soeben entwickelten Prinzipien sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten, um aber nicht unnötig Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durcharbeitung sowohl für die russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.“
Zu Erwiderung hierauf erklärte der Führer der russischen Delegation, diese konstatierte mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegierten Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkannte die enorme Bedeutung dieses Fortschrittes auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, mußte jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte. Die russische Delegation, konstatierte weiter mit Verbitung, die in der Erklärung der Verbundmächte zu Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Prinzips ohne Kontributionen. Sie macht jedoch hinsichtlich der Entscheidung für den Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalte. Ferner erklärte die russische Delegation, sie lege Gewicht darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegssaktionen gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkennt an, daß die Räumung der vom Gegner besetzten deutschen Kolonien der von ihr entwickelten Grundzüge entspräche. Sie schlägt vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensäußerung der Bevölkerung auf die Kolonien anwendbar sei, besonderen Kommissionen vorzubehalten. Abschließend erklärte der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Verbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die faktische Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegsführenden Staaten zu schreiben. Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zeitigste Unterbrechung der Verhandlungen vor, beginnend heute abend und endigend am 4. Januar 1918, damit die Völker, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten wird, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen. Nach Ablauf dieser Frist müssen die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.
Der Vorsitzende Graf Czernin erwiderte hierauf die russische Delegation, ihre Antwort schriftlich zu überreichen und schlug vor, sofort in die Verhandlung jener speziellen Punkte einzutreten, die für alle Fälle zwischen der russischen Regierung und den Regierungen der verbündeten Mächte geregelt werden müßten.
Der Führer der russischen Delegation schloß sich dem Vorschlage des Vorsitzenden an und sprach seine Vereinnwägung aus, solange in die Vorbereitung jener Einzelheiten einzutreten, die auch für den Fall allgemeiner Friedensverhandlungen den Gegenstand spezieller Erörterungen zwischen Rußland und den vier Verbündeten zu bilden hätten. — Auf Antrag des Staatssekretärs von Kühlmann wurde einstimmig beschlossen, zur Vermeidung jeglichen Zeitverlustes und in Würdigung der Wichtigkeit der zu erfüllenden Aufgabe diese Verhandlungen schon morgen vormittag zu beginnen.

Was in dieser Hinsicht bei unserer Generaldirektion möglich ist, möge ein nur wenige Jahre zurückliegendes Vorkommnis zeigen. Es wurden ältere 2. Klasse-Wagen in 3. Klasse-Wagen umgebaut, erstere hatten auf der Seite eines Abteils drei Fenster, eines in der Längs- und je eines an den Seiten. Beim Umbau wurden die letztgenannten beiden Fenster mit Brettern zugenaagelt und nur das Fenster in der Längsrichtung gelassen, da der 3. Klasse nicht mehr Licht zuleitet. Was Verprechen in dieser Hinsicht bedeuten, möge uns immer die bei Abschaffung des Kilometerheftes gegebene Zusage über die bei schließlichen Personenzüge beweisen.

Die Neuregelung des privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterrichts.

Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung erlassen, die den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht neu regelt. In der Verordnung wird bestimmt, daß Gesuche um Genehmigung zum Betrieb oder zur Leitung einer privaten Fachschule, in welcher Unterricht in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern erteilt werden soll, durch Vermittlung des Bezirksamts beim Landesgerichteamt Abt. 2 einzureichen sind. In den Gesuchen ist u. a. anzugeben, welche Ziele die Anstalt verfolgt, ferner sind die Nachweise über die Befähigung des Leiters und sämtlicher Lehrer zur Unterrichtsverteilung beizubringen. Dem Bezirksamt wird das Recht eingeräumt, die Schulräume durch einen Sachverständigen einsehen zu lassen. Der gleichzeitige Betrieb des Gewerbes eines Stellenvermittlers ist in diesen Verhältnissen unzulässig, die den Zusatz „Privat“ führen müssen. Den Titel „Direktor“ oder „Rektor“ darf der Unternehmer oder Leiter nicht führen. Die Lehrer der betr. Anstalt dürfen sich nur dann Gewerbe- oder Handelslehrer nennen, wenn sie die staatliche Berechtigung dazu haben. Marktschreierische oder auf Täuschung der Öffentlichkeit berechnete Anpreisung sowohl in Ausschreibungen als in Werbeschriften, ist untersagt.

Durlach, 27. Dez. Gestern abend ist der hintere Teil des der Brauerei Center gehörigen Anteilens an der Durlachertröbe gelegen, niedergebrennt. Es verbrannten Vorräte an Getreide und Stroh. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Ettlingen, 26. Dez. Im Alter von 78 Jahren ist hier Oberlehrer a. D. Karl Hofbein gestorben. Ueber 50 Jahre wirkte er im hiesigen Schuldienst, darunter 44 Jahre in Ettlingen. In Anerkennung seiner Verdienste hatte ihm die Stadt Ettlingen das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Forbach, 2. Dez. In der Baustelle des Burgwerkes in Stiefbaumwäsen explodierte am Donnerstag eine Kiste mit Sprengstoffen. Das Maschinenhaus und mehrere Lagerhäuser gerieten dabei in Brand und wurden vom Feuer vollständig zerstört. Zwei Arbeiter waren sofort tot, einer war durch die Explosion so schwer verletzt, daß er bald starb, sechs weitere Arbeiter erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Die zwei ersten Opfer des Unfalls wurden am Sonntag beerdigt.

Freiburg, 26. Dez. Der Tagelöhner Adolf Mette aus Randaun brach im November in ein hiesiges Gasthaus ein, um zu stehlen. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen schweren Diebstahls zu 3 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Friedrichsfeld, 26. Dez. Wie die „Mannh. Volksstimme“ meldet, erschienen kurz vor der Tabakabermessung Reisende aus Frankfurt, die für den Zentner Tabak 400 Mk. boten. Ob sie Erfolg hatten, weiß man nicht. Man sieht aber daraus, auf welche Gebiete sich der Schleichhandel erstreckt.

Mannheim, 26. Dez. Aus unbekanntem Gründen hat sich ein 16-jähriges Dienstmädchen durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. — Der 18-jährige Hausburche Anton Wagner, der sich in der Kirche an betende Frauen heran schloß und ihnen ihre Handtische stahl, wurde von der Strafkammer zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Heidelberg, 26. Dez. Der Tagelöhner August Brandt hatte hier die Scheinfenster verschiedener Firmen eingeschlagen und Gegenstände, — Pelzmäntel u. a. — im Gesamtwerte von 6000 Mk. gestohlen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. Dez.
Weiße Weihnachten. Wenn es nach der bekannten Bauernregel geht, werden wir grüne Ostern haben und da im bevorstehenden Jahre Ostern auf einen frühen Termin fällt — auf den 31. März — einen zeitigen Frühling. Denn Weihnachten war weiß. Zwar ließ der Schneefall gegen Mittag nach und die warmen Strahlen der Sonne konnten den Schnee an manchen Stellen zum Schmelzen bringen. Aber bald war es aus mit dem Regimente der Sonne und der Frost sorgte dafür, daß die noch vorhandenen Schneeburde erhalten blieben. In der Nacht zum zweiten Feiertage begann dann von neuem ein Schneetreiben, das auch während des Tages anhielt und die Schneedecke dicker und lichterlos gestaltete. Im allgemeinen nahm das Weihnachtstreiben einen ruhigen, ernten Verlauf. In der Christnacht sammelte man sich in üblicher Weise in den Familien um den brennenden Christbaum. Freilich fehlte dort manches liebe Familienglied, die Weihnachtsbesenke waren auch nicht so reich ausgefallen, als in den Friedens- und in den ersten Kriegsjahren, aber ganz sind sie nirgends ausgeblieben.
Der Eisenbahnverkehr war an den Feiertagen und schon an den Tagen vorher ein sehr lebhafter. Er steigerte sich ganz besonders am Montag nachmittag und abend. Die starken Zugengedrängungen waren die Ursache, daß die Züge vielfach ganz außerordentlich stark besetzt waren. Es gab zum Teil erhebliche Verzögerungen, hervorgerufen nicht allein durch den im Anverkehr störenden starken Schneefall in der Nacht zum Dienstag und zum Mittwoch, sondern auch durch Einflüsse anderer Art, die am Montag nachmittag zwischen Karlsruhe-Mannheim-Heidelberg auf den Zugverkehr einwirkten.
Na. Zuwendungen an den „Badischen Heimatbund“. Das hiesige Generalkommando des 14. Armeekorps hat die überaus willigen Beiträge aus den Gebühren für Privattelegramme an das Feldheer im Monat November mit 217,65 M. den Badischen Heimatbund — Ortsgruppe Karlsruhe — überwiesen. Ferner haben dem Ortsamtsrat Karlsruhe des Bad. Heimatbund als einmalige Ehrenbezahlung aus dem Kommandant Friedrich Köhler 1000 M. und Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Robert Koelle 200 M.

Baden.

Endlich gesiegt!

Zur Frage der Einführung der 4. Wagenklasse auf den badischen Staatsbahnen wird uns aus Eisenbahnerkreisen noch geschrieben: Seit Jahren kämpft die Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen für die Einführung der 4. Wagenklasse. Der Krieg muß auch herhalten, diese Veruche zu erneuern. Dabei wollen wir daran erinnern, daß beim letzten Versuch, diesen Zweck zu erreichen, eine Anzahl Wagen der 4. Klasse mit beschränkter Sitzgelegenheit bereits bestellt wurden ohne Kreditbewilligung hierfür; diese wurde nachträglich erteilt. Damals war der Landtag stark genug, das geplante Aktentat abzuwenden und die bestellten Wagen mußten in einer Ausführung geliefert werden, die einer 3. Klasse mit schlechter Ausstattung entsprach. Es sind dies die in den Arbeiterzügen zwischen Mühlacker und Karlsruhe verkehrenden 3./4. Klasse-Wagen, die berichtigt sind durch ihre ungeeigneten Sitze, mit den hohen geraden Lehnen. Schon dem Konstruktur beim Wagenbau gingen diese gegen sein Gefühl, so daß von der betreffenden Waggonfabrik einer hohen Periodizität der Vorschlag gemacht wurde, die Wagenstühle den Formen des menschlichen Körpers anzupassen, ohne Mehrberechnung, was aber abgelehnt wurde. Es ist vielversprechend in der Zeit der Demotrofizierung, daß die 4. Klasse etabliert wird, während die Abschaffung der 1. Klasse wirtschaftlicher gemein wäre und dem Volkswillen besser entsprechen könnte; es gibt uns dies einen Vorwand, um von Staatsmännern demokratischer Art beim Kommando der Mittel für die Verbesserung unserer Verkehrsverhältnisse halten wir es unbedingt für erforderlich, daß die innere Einrichtung genau festgelegt wird, denn es ist nicht einzusehen, daß allgemeine Mittel dazu verwendet werden, um unsere heutzutage älteren 3. Klasse-Wagen in schlecht eingerichtete 4. Klasse umzubauen.

Die Beisetzung von Prof. Trübner. Eine überaus stille Beisetzung wurde heute Morgen auf dem Friedhof eingeleitet, um Wilhelm Trübner, dem so unerwartet schnell dahingegangenen großen Meister, die letzte Ehre zu erweisen. Die hiesige Künstlergesellschaft war vollständig erschienen, ferner nahmen der Kultusminister Dr. Hübsch und Oberbürgermeister Siegrist an den Beisetzungsfestlichkeiten teil. Die Trauerfeier in der evangelischen Friedhofskapelle wurde eingeleitet mit einem Gesangsvortrag des Kammerjägers von Gortom. Dann sprach Redner Fischer über den Text Joh. 9. Kap., Vers 4: „Ich muß wirken die Werke des Vaters, solange es Tag ist.“ Er entwarf ein Lebensbild Wilhelm Trübners, er würdigte in berebten Worten den großen Meister und sein reiches künstlerisches Schaffen und gedachte zugleich auch des vorbildlichen Menschen, des Vaters und Freundes. Nachdem ein weiseres Lied Herrn von Gortoms erklingen war, wurde eine Fülle von Kränzen an der Bahre niedergelegt. Unter den Klängen einer Militärkapelle wurde der Sarg in die Gruft versenkt.

Bad. Futterversorgung. Anstelle des verstorbenen Verbandsdirektors Niehn, wurde der seitberige Prokurist, Georg Feldmann hier, zum geschäftsführenden Direktor der Bad. Futterversorgung ernannt.

Das Halten von Luxuspferden d. h. Pferden, welche nicht ausschließl. in krieger. oder volkswirtschaftlichen Betrieben tätig sind, ist vom Generalkommando des 14. A. N. verboten worden und zwar auch dann, wenn die Pferde sich nicht oder nicht zum Kriegsdienst eignen. In der gleichen Verordnung des Gen.-Komm. wird den Pferdebesitzern eine genaue Nachführung auferlegt.

Krüppelfürsorge. Der dem badischen Fürsorgeverein für Bildungsfähige Krüppel seit Jahren gewährte städtische Beitrag von 200 M. wird im Hinblick auf die beträchtlich gesteigerten Aufwendungen desselben vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses vom 1918 ab um 100 M. erhöht.

Scheffel-Museum. Frau Senator Margarethe Eggers in Moskau, der das Scheffel-Museum schon eine größere Anzahl Briefe des Dichters an seinen Freund Friedrich Eggers nebst anderen Andenken an diese Freundschaft verdankt, hat dem Museum photographische Wiedergaben einer Originalzeichnung von W. Kaulbach 1851, Friedrich Eggers darstellend (Brustbild in Lebensgröße), sowie ein kleines Schattenbild von Friedrich Eggers geschenkt.

Arbeiter-Jugend. Heute keine Zusammenkunft. Der nächste Abend findet am Donnerstag, 3. Januar n. Jz. statt.

Letzte Nachrichten. Die neuesten Versenkungen.

BB. Berlin, 26. Dez. (Antlich.) Im Mittelmeer sind wieder zahlreiche Dampfer und Segler den Angriffen unserer Unterboote zum Opfer gefallen. Der Raumbelast der versenkten Schiffe beträgt mindestens 38 000 BRT. Unter ihnen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Berwick Ram“ (4680 Tonnen), ein aus starker Sicherung herausgeschossener Tankdampfer, sowie ein bewaffneter griechischer Dampfer. Einer der versenkten Segler hatte 700 Tonnen Phosphat für Italien als Ladung.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

BB. Berlin, 27. Dez. (Antlich.) Neue U-Bootsverluste im Sperrgebiet um England: 21 000 BRT. Von den versenkten Schiffen wurden 4 Dampfer in der Nordsee vernichtet. Drei davon, die tiefbeladen waren, wurden aus stark gesicherten, nach England gehenden Geleitzügen herausgeschossen. Zwei der Dampfer waren bewaffnet und englischer Nationalität. Ein anderer versenkter Dampfer fuhr unter englischer Kriegsflagge, war demnach ein englisches Hilfskriegsschiff.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Flieger über holländischem Gebiet. Gons (Zeeland), 25. Dez. (BB. Nicht antlich.) Meldung der Niederländischen Tel.-Ag. Am 22. September abends 10 45 Uhr wurden hier fünf Bomben abgeworfen, mehrere Häuser beschädigt und ein Mann schwer verletzt.

Reinigung der Regierung mit Russland.

Petersburg, 25. Dez. (Bet. Tel.-Ag.) Zwischen dem Ausschuss der Volkskommissare und dem Ausschuss der Linkrevolutionäre ist eine Einigung über die Bildung der Regierung zustande gekommen. Die Linkrevolutionäre erhalten

7 Plätze. Kommissar für Ackerbau wird Kalesaew, für Justiz Saktenberg, für Selbstverwaltung Treantowski, für die Verwaltung des republikanischen Palastes Ksmationwid. Außerdem stellen die Linkrevolutionäre 3 Minister ohne Portefeuille.

Eine Niederlage Kornilows.

Petersburg, 24. Dez. (BB. Nicht antlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Ag. Die Abteilung Kornilow, die sich aus Todesbataillonen zusammensetzt, im ganzen 6000 Mann mit 200 Maschinengewehren, wurde vollständig geschlagen und durch Matrosen der Baltischen Meerflotte, der Schwarzmeerflotte und die Baltische Legion 100 Werst weit im Gouvernement: Charkow verfolgt. Unsere Verluste betragen 19 Tote und 92 Verwundete.

Verständigung mit der Ukraine.

Petersburg, 25. Dez. (BB. Nicht antlich.) Meldung der Petersburger Tel.-Ag. Die Konferenz der Bauernabgeordneten hat 15 Delegierte nach Kiew entsandt, um den Konflikt zwischen der ukrainischen Rada und dem Rat der Volkskommissare beizulegen. Der Zentralausschuss der Linkrevolutionäre hat ebenfalls einen Delegierten entsandt.

Briefkasten der Redaktion.

Durlach, 1. Durch die neue Bundesratsverordnung vom 2. November 1917 sind die Reichsminister für die Familienunterstützung um einen bestimmten Betrag nicht erhöht worden. Die Verordnung besagt, daß die Pufferungsverbände unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Unterstützungen zu erhöhen haben und daß das Reich den Pufferungsverbänden für die eingetretene Erhöhung bis zu 5 M. für jeden Unterstützungsberechtigten Ersatz gewährt. Daraus geht aber nicht hervor, daß die Sätze für alle Personen um 5 M. erhöht werden müssen.

2. Der Pufferungsverband, der zur Zeit des Dienstes zur Zahlung verpflichtet war, hat während der ganzen Dauer des Krieges zu zahlen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe
Mitgliedschaft Durlach.

Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege

Fritz Born
Formner

im Alter von 80 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag nachmittags 4 Uhr auf dem Friedhof in Durlach statt. 2052
Wir bitten die Kollegen um zahlreiche Beteiligung.
Die Ortsverwaltung.

Mieter- und Bauverein Karlsruhe
G. m. b. H.

Wir haben auf 1. April l. Jz. Endelstraße 14 l. Stock eine Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör zu vermieten.
Verwerbungen wollen in unseren Geschäftsräumen bis Samstag, den 29. l. Mts. abends 7 Uhr erfolgen, wofür die Vermietung stattfindet.
Karlsruhe, den 24. Dezember 1917. 2045
Der Vorstand.

Die nächste Beratung für Lungenkranke
findet am
Freitag, den 28. Dezember d. Jz.
nachmittags 1/2 4 Uhr
in der
Städt. Ambulatorisch. Klinik, Eingang Steinstr.
statt. 2050
Badischer Frauen-Verein, Abteilung V.

**Junge kräftige
Burschen und Mädchen
einige Küfer
tüchtige Küfer
gewandter Aufseher**

zum sofortigen Eintritt für unsere Marmeladefabrik gesucht.
Anmeldungen beim Portier erbeten.

Gesellschaft Sinner,
Karlsruhe-Grünwinkel.

LASSALLIA
WAHR SEI DAS WORT
RECHT SEI DIE TAT
FREI SEI DAS LIED
ZU JEDER ZEIT!

KARLSRUHE
1895

Dienstag, den 1. Januar 1918, abends 6 1/2 Uhr.
findet im Lokal zum Auerhahn. 2049

Familienabend
mit Gesangsvorträgen statt, wozu die Mitglieder und Freunde ergebenst einladet
Der Vorstand.

Brennholzabgabe.
Im alten Städt. Gaswerk, Kaiserallee 11, wird ab Freitag, den 28. Dezember bis auf Weiteres an Werktagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags

Forlen- und Tannen-Brennholz,
groß gehalten zum Preise von M. 5.60 für den Zentner ab Lagerplatz, in Hofmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben. 2048
Die Zulieferung des Holzes kann nicht übernommen werden.
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Listen V. Klasse
Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie
sind eingetroffen und werden nun alle Gewinne ausbezahlt und verzeichnet mit neuen Losen l. Klasse, deren Ziehung schon 8./9. Januar 1918 stattfindet.
Lose kosten hierzu:
1/4 1/2 1/3 1/4 Teil
5. - 10. - 20. - 40. - Mk. für einmal
25. - 50. - 100. - 200. - Mk. für alle 5 Klassen

Ludwig Götz
Großh. Bad. Lotterie-Einnehmer 2022
Sebelstraße 11 Karlsruhe beim Rathaus.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik
fleißige, saubere, junge

Mädchen.
Arbeitsbuch und Diktionskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Grünwinkel.
1880

Stoffschuhe und Pantoffeln
aus Abfällen ufw. fertigt Jeder sofort nach meinem vräm. Zeichnung mit Rohstoffen und Schnittmustern an. 2051
Preis des Verleihs 1.25 M. per Nachnahme.
Willi Franke, Beesenstedt 90 b. Halle a.S.

Museumssaal.
Samstag, 29. Dezember
abends 7 1/2 Uhr:
Meisterbilder-Konzert.

Mitwirkende:
Fr. Florine von Ieksch, Konzertsängerin, Otto Wessbecher, Konzertsänger, Heinz Müller, Kammermusiker (Viol.), Hermann Fischer, Musikdirektor (Klavier), Rich. Jordan-Riga (Meisterbilder). 2048

Karten u. Vorverkauf zum 3. - 2. - 1. - in der Hofmusikalienhandlung
Fr. Doert
and an der Abendkasse.

Weine:
weisse, die Flasche
1915
Markgräfler
M 4.-
1916
Mosel
M 4.50
1915
Niersteiner
M 5.-
1915
St. Urban (Mosel)
M 5.-
1915
Durb. Clevner
M 5.-
1913
Deidesheim Riesling
M 5.50
1915
Klingelberger
M 5.80
1915
Kaiserstuhl Rotwein
M 5.50
empfiehlt
G. L. Sickinger
Marienstraße 35.
Telefon 1406.

Brennholz-Verkauf.
Aust Stadträtlicher Vereinbarung wurden folgende Preise ab Sägewerk festgesetzt:

Eichen und Buchen, kurz gesägt, nicht gespalten pro Ztr. M 4.90
Eichen und Buchen, kurz gesägt und gespalten M 5.10
Das Hartholz eignet sich zu allen Heizungen zur Erwärmung von Kaminen und Herden.
Tannen- und Forlenholz, kurz gesägt, nicht gespalten M 5.90
Tannen- und Forlenholz, kurz gesägt und gespalten M 6.10
Das Holz kann auf Verlangen zum Selbstkostenpreis vons Haus geführt werden.
Abgabestelle im Sägewerk Gerwigstraße, Telefon Nr. 5206, neben Städtischem Bahnamt, Haltestelle der elektr. Straßenbahn Schlachthof. 2044

Fr. Kempermann Büro: Gerwigstr. 53, 2. Stock.
Ludwig Braun Holzhandlung Büro: Reichenstraße 18.
Abgabestelle Sägewerk und Lagerplatz: Schlachthofstr. 13.